

Gerhard Göhler

70 Jahre OSI

Festvortrag 15. Januar 2019

Am 15. Januar 1949 wurde die wiederbegründete Deutsche Hochschule für Politik (DHfP) mit einem Festakt in der Cäcilienkirche am Nikolsburger Platz feierlich eröffnet. Anwesend waren neben Bürgermeister Ernst Reuter der Kommandant des britischen Sektors, in dem die Hochschule anfangs lag, Vertreter der anderen beiden westlichen Besatzungsmächte sowie Vertreter der politischen Parteien und der Gewerkschaften. Die beiden großen Festansprachen hielten zwei ehemalige Dozenten der alten DHfP, der Vorsteher der Stadtverordnetenversammlung und Direktor der neuen Hochschule, Otto Suhr, und der spätere erste Bundespräsident, Theodor Heuß. Für *Otto Suhr* war die Wiederbegründung der DHfP die Reaktion auf ein falsches Verständnis des Verhältnisses von Wissenschaft und Politik an den deutschen Universitäten in West und Ost. Während im Westen die hehre Wissenschaft von dem schmutzigen Geschäft der Politik getrennt werde, missbrauche der Osten gewissermaßen komplementär dazu die Wissenschaft als eine "Form des Willens zur Macht". Angesichts dieser beiden gleichermaßen gefährlichen Missdeutungen müsse Politik seitens der Wissenschaft wieder als das verstanden werden, was allein ein demokratisches Gemeinwesen begründen kann: als eine große geistige Aufgabe und Herausforderung aller Bürger. In diesem Sinn solle die neue Hochschule einen demokratischen Standpunkt erarbeiten, zur politischen Bildung beitragen, eine demokratische Ethik fördern und das erforderliche technisch-politische Rüstzeug vermitteln. *Theodor Heuß* betonte die pädagogischen Intentionen der Neugründung. Sei Politik überhaupt lehrbar? Sehr wohl, sagte er in Anspielung auf häufige Weimarer Diskussionen, und so gehe es für die Hochschule darum, "die Deutschen in der Führung ihrer politischen Geschäfte geschickter zu machen". Der Politiker benötige vielfältiges Wissen, um gegenüber dem drohenden Totalitarismus Freiheit und Demokratie auch unter den Bedingungen der Massengesellschaft zu verwirklichen; so stelle die neue Hochschule die Verbindung zur demokratischen Welt her und sei nicht nur für Berlin von Bedeutung, sondern "symbolisch für ganz Deutschland".

Die Eröffnung der DHfP fiel in die Zeit der Berliner Blockade und somit in die schärfsten Spannungen zwischen Ost und West. Entsprechend hämisch fielen die Kommentare im Osten Berlins aus. Ernst Niekisch, der später selbst in den Westen floh und fast Dozent an der DHfP geworden wäre, prophezeite der DHfP in der *Täglichen Rundschau* Erfolglosigkeit, weil sie mithilfe der westlichen Besatzungsmächte nur die „politischen Gespenster“ von Weimar re-kultiviere und die progressiven kommunistischen Kräfte ausschließe.

Nun feiern wir den 70. Jahrestag. Was war da geschehen und wie hat sich die Hochschule entwickelt? Ab 1959 wurde die DHfP in die Freie Universität integriert und hieß seitdem „Otto-Suhr-Institut“ (OSI). Ich möchte drei Etappen unterscheiden: 1. Verwissenschaftlichung unter dem Signum „Integrationswissenschaft“, 2. Krise der Integrationswissenschaft in den 1960er bis 1980er Jahren und 3. die neue Situation nach der deutschen Einheit.

1. Von der Wiederbegründung der DHfP zur Integrationswissenschaft

Die DHfP hatte eine Vorgängerin, die 1920 gegründete erste DHfP; diese war 1933 gleichgeschaltet und wissenschaftlich bedeutungslos geworden. Initiator und erster Direktor der wiederbegründeten DHfP war Otto Suhr, der spätere Regierende Bürgermeister von Berlin. Die Hochschule knüpfte ausdrücklich an ihre Vorgängerin aus der Weimarer Republik an; ihr Hauptziel sah sie darin, zur Demokratie zu erziehen, und dies vor allem durch Fortbildung von Erwachsenen, vornehmlich solchen in politischen oder öffentlichen Funktionen. Sie zielte deshalb auf Gasthörer, die sich in Abendkursen weiterbilden sollten, und nicht auf ein Vollstudium zur Berufsausbildung junger Menschen. Entsprechend war auch die Dozentenschaft zusammengesetzt. Der Gründerkreis entstammte vornehmlich dem inneren Widerstand in Deutschland (Carl Dietrich von Trotha, Ernst Tillich, Gert von Eynern, Otto Heinrich von der Gablentz u.a.), nicht der Emigration – und das bedeutete, dass die Gründungsdozenten, unbeschadet ihrer intellektuellen Kapazität, in den vergangenen zwanzig Jahren selbst nicht geforscht hatten und somit auch nicht an der internationalen Entwicklung des Fachs beteiligt gewesen waren. Es ist kein Zufall, dass das erste Kompendium über Politikwissenschaft zur Vorbereitung für die Prüfungen nicht von Dozenten, sondern von Studenten erarbeitet worden ist. Otto Suhr, der sich selbst die fachlichen Grundlagen durch eine Amerika-Reise aneignen musste, sah das Problem und war darüber alles andere als glücklich. Der Nachholbedarf wurde erst sukzessive mit gezielten Arbeiten zu politikwissenschaftlichen Grundthemen geschlossen, zuletzt mit dem voluminösen *Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland* von Thomas Ellwein aus dem Jahr 1963.

Es gab aber fast von Anfang an einen nahezu unaufhaltsamen Prozess der Akademisierung und Verwissenschaftlichung, und zwar in mehreren Strängen.

(1) Von Seiten der *Studentenschaft* gab es erheblichen Andrang – allerdings nicht auf das vor allem angebotene Abendstudium mit Fortbildungscharakter, sondern auf ein Vollstudium der Wissenschaft von der Politik mit berufsqualifizierendem Abschluss. Die Bedingungen waren äußerst schwierig. So schrieb Ernst Fraenkel am 5.12.1952 in einem Brief an Otto Suhr:

„Nach meiner Ansicht sind die kennzeichnenden Merkmale, dass

- a) unzureichend vorgebildete Studenten
- b) ein wissenschaftlich weitgehend undurchforschtes Gebiet
- c) unter Leitung von Dozenten, die fast ausnahmslos aus anderen Disziplinen stammen,
- d) ohne ausreichende Bibliothek- und Forschungsmöglichkeiten
- e) beim völligen Fehlen der sonstwie üblichen Lehr-Lernbücher, Grundrisse etc.
- f) ohne finanzielle Mittel, sich das unumgängliche Quellenmaterial anzuschaffen,
- g) in weitgehender Unkenntnis des von ihnen im Examen verlangten Wissens
- h) ohne klare Vorstellung der praktischen Verwertungsmöglichkeiten des von ihnen zu erwerbenden Wissens zu beherrschen versuchen.“ (Bundesarchiv Koblenz NL 1274 Fraenkel, Bd. 8)

Kein Wunder, dass die Institutsleitung zunächst völlig überrascht war, obwohl sie durch eine ähnliche Entwicklung der alten Weimarer DHfP hätte vorgewarnt sein können. Sie agierte zunächst reichlich hilflos und passte sich erst nach etlicher Larmoyanz dem Trend zur

Verwissenschaftlichung an. 1953 wurde das ursprünglich viersemestrige Aufbaustudium durch einen achtsemestrigen Diplomstudiengang abgelöst (die Absolventen durften sich "Inhaber des Diploms der Deutschen Hochschule für Politik" nennen, abgekürzt "IdDdD"), und nach vielfältigen Auseinandersetzungen gelang es 1956, dem Diplom zur Anerkennung als gleichwertiger universitärer Studienabschluss zu verhelfen. Mit der Freien Universität gab es langwierige Verhandlungen und Auseinandersetzungen um eine Eingliederung. Hauptstreitpunkt war die Übernahme der DHfP-Dozenten als Professoren an die Universität, wobei die etablierten Fakultäten immer wieder Vorbehalte gegenüber der wissenschaftlichen Qualität der künftigen Lehrstuhlinhaber geltend machten. Schließlich gelang es 1959 doch, die DHfP als "Otto-Suhr-Institut" (Otto Suhr selbst war 1957 verstorben) in der Form eines "interfakultativen Instituts" in die FU einzugliedern, mit Professuren in der philosophischen, der wirtschaftswissenschaftlichen und der juristischen Fakultät. Krönender sichtbarer Abschluss dieser Entwicklung war 1962 nach den Jahren in der Badenschen Straße in Schöneberg die Einweihung des neuen Institutsgebäudes in der Ihnestr. 21, in dessen großem Hörsaal auch heute wieder die Abschlusszeugnisse übergeben werden.

(2) Die Hochschule war seit den 1950er Jahren um die Ausbildung eines eigenen *wissenschaftlichen Profils* bemüht. Dies ging zusammen mit der Einrichtung von Lehrstühlen für Politikwissenschaft an den deutschen Universitäten und der bundesweiten Etablierung des Fachs Politikwissenschaft, an der Otto Suhr intensiv beteiligt war. Ein entscheidender Schritt war die dauerhafte Einbindung von *Ernst Fraenkel*, der als Emigrant seit 1951 an der DHfP zu lehren begann. *Fraenkel* entwickelte als Professor für Politikwissenschaft ab 1953 nicht nur die außerordentlich einflussreiche Lehre vom Neo-Pluralismus für das politische System der Bundesrepublik Deutschland, sondern er definierte erstmals das Fach Politikwissenschaft als eigenständige Disziplin. Aus der Not macht er eine Tugend: Da die etablierten Fächer – Soziologie, Jurisprudenz, Ökonomie etc. – in Deutschland beanspruchten, den sozialen Kosmos mit ihren Mitteln bereits abgedeckt zu haben (was Politikwissenschaft als eigenes Fach überflüssig machen würde, ohne dass politische Fragen ernsthaft wissenschaftlich erörtert worden wären), beanspruchte er für Politikwissenschaft den Charakter einer *Integrationswissenschaft*:

"Die Politikwissenschaft leitet ihren Anspruch, als selbständige Disziplin anerkannt zu werden, aus dem Bemühen ab, sich nicht einseitig nur *einer* Betrachtungsweise zu verschreiben, sondern vielmehr durch die Integration verschiedenartiger Betrachtungsweisen – durch die Verwendung sowohl empirisch-deskriptiver als auch normativer Methoden – zu einem umfassenden und deshalb vertieften Verständnis politischer Phänomene zu gelangen." (Ernst Fraenkel, *Die Wissenschaft von der Politik und die Gesellschaft* (1963), in: GS Bd. 6, S. 426)

Politikwissenschaft fasst für jede politische Problemstellung die Sichtweisen und die Methoden zusammen, welche aus unterschiedlichen Disziplinen zur Aufklärung komplexer politischer Zusammenhänge beizutragen vermögen.

(3) Parallel dazu wurde auf Betreiben des emigrierten ehemaligen DHfP-Dozenten *Franz Neumann*, inzwischen Professor an der Columbia University New York, bereits 1950 an der Freien Universität ein politikwissenschaftliches *Forschungsinstitut* eröffnet: das "Institut für

politische Wissenschaft" (IfpW). Franz Neumann, der übrigens mit Ernst Fraenkel eng befreundet war, trieb die Sorge um, dass die DHfP aus eigenen Kräften kein internationales Forschungsniveau erreichen könnte. Die Gründung eines besonderen Forschungsinstituts sollte darum der Berliner Politikwissenschaft den internationalen wissenschaftlichen Anschluss ermöglichen. Leiter war zuerst der Emigrant Arkadij Gurland, später der innere Emigrant Otto Stammer. Trotz mancher Reibereien zwischen der DHfP und dem IfpW, insbesondere zwischen Fraenkel und Stammer, ergab sich aus dieser Doppelung eine intensive Lehre und Forschung, die in der neuen bundesdeutschen Politikwissenschaft führend war. Karl Dietrich Bracher mit seiner großen Studie über *Die Auflösung der Weimarer Republik* aus dem Jahr 1955 ist einer der herausragenden Repräsentanten dieser Frühzeit.

Der Prozess der Akademisierung und Verwissenschaftlichung der DHfP wurde also von unten, durch die Studierenden, und von außen, durch die Emigranten, angestoßen. Die Gründer der DHfP haben sich erst widerstrebend, dann zunehmend engagiert dieser Entwicklung angeschlossen. Damit begab sich die Politikwissenschaft in Berlin seit Ende der 1950er Jahre erfolgreich auf den Weg zu einer etablierten Disziplin.

2. Krise der Integrationswissenschaft

Anfang der 1960er Jahre hatte das OSI (als interfakultatives Institut) 12 Lehrstühle. Die "Integrationswissenschaft" war die geradezu offiziöse Doktrin. Aber bald darauf vollzog sich ein fundamentaler Wandel in der Selbsteinschätzung der Disziplin als Wissenschaft und ihrer Rolle in der Gesellschaft. Zunächst nur unter der Oberfläche wahrnehmbar, führte er schließlich zu heftigen hochschulpolitischen Konflikten. Sie waren Ausdruck einer tiefer liegenden Krise der Politikwissenschaft als Integrationswissenschaft, die in Berlin besonders zutage trat.

Die deutsche Politikwissenschaft war in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre doppelt herausgefordert. Zum einen wurde angemahnt, dass sie sich an Stelle einer angeblich "angestaubten" Institutionenlehre viel stärker der modernen sozialwissenschaftlichen Methoden und Modelle bedienen müsse, wie sie in den USA entwickelt wurden: empirische Sozialforschung für das alltägliche Geschäft, Systemtheorie für den theoretischen Überbau. Überbringer dieser Botschaft waren deutsche Politikwissenschaftler der zweiten Generation, die in den USA ihre wissenschaftliche Prägung erhalten hatten (so z.B. für Berlin Frieder Naschold, Wolf Dieter Narr und Ekkehard Krippendorf). Angemahnt wurde eine Professionalisierung des Fachs, die sich der fortgeschrittensten Methoden bedienen sollte, um wirklich praxisrelevant werden zu können. – Zum anderen und vor allem wendete sich ein Teil der Disziplin in mehr oder minder reflektierter Weise dem Marxismus zu (häufig in Verbindung mit der beanspruchten Wende der Politikwissenschaft zur modernen Sozialwissenschaft). Auch hier stand die Forderung nach Professionalisierung im Sinne von Praxisbezug im Vordergrund. Nun allerdings mit der Volte, dass nur eine wirklich gesellschaftskritische, letztlich antikapitalistische und antibürgerliche Wissenschaft der Gesellschaft zur Emanzipation verhelfen könne. Als warnendes Menetekel stand stets der Vietnam-Krieg der USA im Hintergrund, in Deutschland wurde die

Verabschiedung der Notstandsgesetze zum auslösenden Faktor. All das mündete in einen zunächst allgemein kulturkritisch, später zunehmend marxistisch und dogmatisch ausgerichteten Frontalangriff auf die Grundlagen von Politik, Gesellschaft und Wissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland.

In der Politikwissenschaft stand das OSI als größtes deutsches Institut 1968 im Zentrum der Auseinandersetzungen. Hier tobte der Kampf zwischen liberalen Reformern, die sich zunächst mühsam – und zwar pikanterweise mit Hilfe des Staates – gegen die alte Ordinarienuniversität durchsetzen mussten, und den auf grundlegende Systemveränderung drängenden radikalen Kräften. Im Brennpunkt stand *Alexander Schwan*, und er wurde zur tragischen Figur. Er setzte am OSI die von ihm als überfällig erachtete Öffnung und Demokratisierung der Hochschule durch, insbesondere die Drittelparität in den Gremien, geriet aber zugleich zunehmend in die Defensive gegenüber jenen Kräften, die in der Reform nur einen ersten Schritt zur grundlegenden sozialistischen Umgestaltung von Hochschule und Gesellschaft erblickten. Die Auseinandersetzungen zwischen Reformern und Revolutionären gipfelten im Sommer 1971 in dem unrühmlichen Versuch, in einer "Schweinejagd" Alexander Schwan nach einem "Go In" aus dem Fenster zu werfen.

Bekanntlich radikalisierte sich die antiautoritäre Bewegung in den 1970er Jahren zu neuen und bisher unerhörten Formen eines dogmatischen Autoritarismus in den "K-Gruppen". Die Politikwissenschaft in Berlin blieb von solchen Auswüchsen weitgehend verschont, weil sich Dozentenschaft und Studierende am OSI trotz tiefer politischer Risse in der Abwehr solcher Auswüchse ziemlich einig waren. Vielleicht verhalf die hier gemeinsam wahrgenommene Bedrohung der Wissenschaftsfreiheit sogar dazu, bei Wahrung der unterschiedlichen wissenschaftlichen Grundpositionen zu einem praktischen *modus vivendi*, zu einer Art von Koexistenz der hochschulpolitischen Gruppierungen am OSI zu finden. Eine drohende Spaltung des Instituts wurde abgewendet. Es hätte also nun geruhsam weitergehen können.

Aber seit den 1980er Jahren war das OSI nun zwar nicht mehr von innen, zunehmend aber von außen bedroht. Da begann der Abwehrkampf der Politikwissenschaft gegen politisch auferlegte Sparmaßnahmen, welche die Politikwissenschaft ganz besonders trafen. Von einem interfakultativen Institut zu einem eigenständigen "Fachbereich Politische Wissenschaft" aufgestiegen, hatte das OSI in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre seinen höchsten Personalbestand, es verfügte über 40-50 Professuren (je nach Zählung). Seit Beginn der 1980er Jahre wurden sie reduziert. Es gab sicherlich vielerlei Gründe, auch gute Gründe, den überbordenden Personalbestand auf überschaubare Größen zurückzuführen, denn es bestand auch ein erheblicher Wildwuchs in Form von persönlichen Pfründen, die nur dem eigenen Steckenpferd gewidmet waren. Es wurde allerdings auch immer schwieriger, Kriterien für einen notwendigen Mindestbestand der Berliner Politikwissenschaft zu finden und den universitären und staatlichen Instanzen zu vermitteln. Die Anrufung einer Berliner Tradition der Integrationswissenschaft lief zunehmend ins Leere, sie traf in der Außenwahrnehmung des Instituts angesichts seines amorphen Wachstums und seiner gefühlt linken Ausrichtung auf Unverständnis.

Zudem wurde das OSI auch noch zu einem der großen wissenschaftspolitischen Verlierer der deutschen Einheit.

3. Die Berliner Politikwissenschaft nach der deutschen Einheit: neue Rahmenbedingungen und neue Herausforderungen

Ab 1990 wurde es für die westdeutsche Politikwissenschaft zum Problem, dass die Politikwissenschaft an den Universitäten der neuen Bundesländer neu aufgebaut werden musste – zuvor gab es dort nur marxistisch-leninistische Gesellschaftswissenschaften. Da wurde es zwingend erforderlich, sich auf die Kerngehalte des Fachs zu besinnen, weil allzu ausdifferenzierte Stellenplanungen nicht realistisch finanzierbar waren. Das Ergebnis waren Variationen der drei Bereiche Politische Theorie, Politisches System und Internationale Beziehungen mit einigen zusätzlichen Spezialisierungen. Im Vordergrund stand nun eine solide Standardausbildung, verbunden mit einigen wenigen weiter ausdifferenzierten thematischen Schwerpunkten. So hat sich in Deutschland wieder ein Konsens darüber herausgebildet, was als unabdingbar und was als "Luxus" im Fach Politikwissenschaft anzusehen sei. Aber speziell für das nach wie vor hoch ausdifferenzierte OSI bedeutete diese Entwicklung heftigen Gegenwind. In einem Gutachten des Wissenschaftsrats aus dem Jahre 2000, das sicherlich auch von einigen Ressentiments gegenüber einer früher vermeintlich "roten" Politikwissenschaft getragen war, wurde deshalb eine Ausstattung von 10-12 Professuren für ausreichend erachtet. Gemessen an der früher einmal erreichten Größe eine geradezu ungeheuerliche Vorstellung, und dies nicht nur für Nostalgiker.

Die Krise der Außenwahrnehmung traf zusammen mit internen Berliner Restriktionen. Die Entscheidung des Berliner Senats, an der Humboldt-Universität parallel zum OSI eine gut ausgestattete Politikwissenschaft aufzubauen, war für das OSI äußerst folgenreich. Bedeutete der Ausbau der Humboldt-Universität für die Freie Universität insgesamt eine Halbierung der Professuren, so erwiesen sich die Auswirkungen auf die Geistes- und Sozialwissenschaften als noch gravierender. Mehr als ein Drittel des ursprünglichen Personalbestands ist hier nicht übrig geblieben, und es ist unklar, ob die Politik diese Konsequenzen gewollt, billigend in Kauf genommen oder einfach nicht gesehen hat.¹ Dass sich die Humboldt-Universität recht bald ebenfalls gravierenden Einschränkungen ausgesetzt sah, weil sich die Berliner Wissenschaftspolitik einfach übernommen hatte, und dass dabei die persönliche Zusammenarbeit der Kollegen beider Universitäten von Anfang an sehr gut funktionierte: All dies ändert nichts an dem objektiven Problem, dass der Aufbau einer neuen Politikwissenschaft in Berlin angesichts der beschränkten Finanzlage von Anfang an ein Nullsummenspiel war. Was die Humboldt-Universität gewann, verlor die Freie Universität, und umgekehrt.

Welche Konsequenzen waren für das OSI daraus zu ziehen? Es erwies sich sehr schnell, dass sich an den neuen Größenordnungen kaum mehr rütteln ließ. So wurden neue

¹ Der Verfasser hat hierüber Anfang der 1990er Jahre mit dem damaligen Berliner Wissenschaftssenator *Manfred Erhardt* gesprochen, aber keine klaren Auskünfte erhalten.

Strukturpläne erarbeitet, die dieser Situation Rechnung trugen. Zuletzt verständigte man sich nach einer positiv ausgefallenen externen Evaluation auf eine Planung mit ca. 11 Professuren am OSI und 4 weiteren an den Regionalinstituten für Osteuropa, Nordamerika, Lateinamerika und Ostasien. Das bedeutete drastische Einschnitte gegenüber allen vorherigen Strukturplanungen und eine gerade noch vertretbare Breite in der Repräsentation des Fachs. Auch verlor das OSI seinen Status als bisher eigenständiger Fachbereich und wurde wieder zum Institut in einem nun größeren Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften. Immerhin wurde das OSI inzwischen an der Freien Universität in der Konkurrenz der Fächer, nach den Worten des damaligen FU-Präsidenten, als einer der wissenschaftlichen "Leuchttürme" anerkannt. In manch schmerzhaften Auseinandersetzungen innerhalb des Instituts hat sich deshalb die Einsicht durchgesetzt, dass weniger die Größe an sich, die oftmals auch Wildwuchs bedeuten kann, sondern vielmehr das, was daraus gemacht wird, für das Institut entscheidend ist.

Wie sollte allerdings unter all diesen Restriktionen die wissenschaftliche Bedeutung des OSI gewahrt und nach außen stärker vermittelt werden? Das bedeutete zunächst eine konsequente Bündelung der Forschung. Legt man als Kriterium für die Forschungskapazität die Höhe der eingeworbenen Drittmittel zugrunde, so war das OSI innerhalb der Freien Universität immer schon mit den besonders Drittmittel-starken Naturwissenschaften vergleichbar. Charakteristisch war aber zugleich eine Vielfalt von Forschungsaktivitäten, die mehr personenbezogen als institutionell wahrgenommen wurde. Das gilt auch im Vergleich mit anderen politikwissenschaftlichen Instituten in Deutschland. Im Gegensatz zur hohen Attraktivität der Studiengänge hat das OSI deshalb in den letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts nicht das Profil eines Forschungszentrums der Politikwissenschaft in Deutschland erworben, wie es seiner Größe und dem wissenschaftlichen Umfeld in Berlin entsprechen würde. Ein Sonderforschungsbereich der Deutschen Forschungsgemeinschaft – anerkannter Ausweis höchster Forschungspotenz – konnte am OSI nicht angesiedelt werden. Das sollte sich nun ändern, und es gelang 2006, unter der Federführung des OSI den Sonderforschungsbereich "Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit?" zu etablieren. Er dominierte fortan, bis Ende 2017, die drittmittelgeförderte Forschungsleistung am OSI.

Eine weitere Herausforderung, die nicht minder an den Grundfesten des alten OSI rüttelte, brachte der Bologna-Prozess für das Studium der Politikwissenschaft. Seine Grundidee ist die Herstellung einer internationalen Kompatibilität der Studiengänge durch die Aufgliederung in einen ersten, berufsqualifizierenden Abschluss des Bachelor (BA), in der Regel nach sechs Semestern, und die Möglichkeit einer wissenschaftlichen Vertiefung durch den Master (MA) in weiteren vier Semestern. Damit verbunden ist eine Aufgliederung in einzelne Studieneinheiten, die jeweils abgeprüft und mit Leistungspunkten versehen werden, um die geforderte Gesamtpunktzahl zu erreichen (Modularisierung). BA und MA sollen die alten Magister- und Diplomstudiengänge in Deutschland ablösen, die sich – so der Vorwurf – durch Unstrukturiertheit und überlange Studienzeiten auszeichneten. Der Diplomstudiengang am OSI war in dieser Hinsicht eigentlich wenig betroffen, er war auch bislang schon deutlicher strukturiert und hatte mit real durchschnittlich 11 Semestern eine vergleichsweise kurze Studienzzeit. Gleichwohl

wurde auch auf das OSI seitens Politik und Universitätsspitze ein starker Druck ausgeübt, sich der neuen Philosophie anzuschließen. Das OSI versuchte, sich zugleich anzupassen und Bewährtes zu retten: einen BA/MA-Studiengang und einen Diplomstudiengang gleichermaßen anzubieten. So gab es seit 2003 am OSI einen sechssemestrigen Bachelor für Politikwissenschaft ebenso wie einen reformierten neunsemestrigen Diplom-Studiengang, die in den ersten vier Semestern identisch waren. Auf diese Weise sollte den Anforderungen der Internationalisierung deutscher Studiengänge (Bachelor) und den Chancen auf dem deutschen Arbeitsmarkt (Diplom) gleichermaßen Rechnung getragen werden. So sinnvoll diese Lösung auch immer gewesen sein mag, der politisch gewollte Trend ließ sich nicht aufhalten. Inzwischen ist der Diplomstudiengang ausgelaufen, und es muss dahingestellt bleiben, ob BA und MA Politikwissenschaft die Qualität eines straffen Diplomstudiengangs erreichen oder gar übertreffen können. Länger dauern sie allemal.

Damit bin ich in der Gegenwart angelangt. Wir erinnern uns hier der Geschichte von 70 Jahren Politikwissenschaft im Westen Berlins, erst der DHfP, sodann des OSI an der FU – wie weit sie (noch) fortwirkt, wäre ein anderes Thema.